

D-1 Nach der Klimaschutzgesetz-Novelle: Wissing muss liefern!

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

1 Am 15. April 2024 haben die Spitzen der Ampel-Fraktionen im Bundestag
2 bekanntgegeben, dass sie sich auf eine Reform des Klimaschutzgesetzes
3 verständigt haben. Wir erkennen an, dass wir Grüne dabei einige Erfolge erzielen
4 konnten. So muss die nächste Bundesregierung nun auch für den Zeitraum 2030-2040
5 konkrete Maßnahmen zum Erreichen der Klimaziele vorlegen. Die verbindliche
6 Zielmarke von 88% Reduktion bis 2040 wird jetzt zum ersten Mal mit
7 Zwischenzielen unterfüttert, auch wenn dafür kein Bundestagsbeschluss nötig
8 gewesen wäre.

9 Verkehrsminister Wissing bleibt aufgefordert, mit entsprechenden Maßnahmen
10 sicher zu stellen, dass auch der Sektor Verkehr die Zielvorgaben erreicht, z. b.
11 durch

12 • Die Bundesregierung muss bis Mitte 2025 ein generelles Tempolimit von 120
13 km/h auf allen Autobahnen, von 80 km/h auf Landstraßen und von 30 km/h in
14 den Ortszentren erlassen.

15 • Inlandsflüge sind so zu verteuern, dass sie mindesten dem regulären DB AG-
16 Fahrpreis entsprechen. Dazu sind zunächst Steuervergünstigungen auf
17 Kerosin für Inlandsflüge zu streichen. Kurzstreckenlinien- oder
18 Charterflüge unter 500 km sind zu verbieten.

19 • Die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs sowie der Subvention der
20 Dieselbesteuerung und anderer klimaschädlicher Subventionen müssen
21 möglichst noch in der laufenden Regierungsperiode erfolgen.

22 • Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Klimacheck muss dieses Jahr kommen.
23 Neu zu bauende Autobahnprojekte müssen auf den ökologischen Prüfstand
24 gestellt und neu bewertet werden. Die Gelder werden zugunsten der im
25 Koalitionsvertrag festgehaltenen Investitionen in den Bahnbereich
26 verwendet. Hier dürfen wir die Schienen-Infrastruktur nicht länger
27 kaputtsparen.

28 • Die Ladesäuleninfrastruktur für E-Fahrzeuge muss ausgebaut und die Nutzung
29 für E-Autofahrer*innen deutlich vereinfacht und möglichst verbilligt
30 werden. Ideal wäre eine Abrechnung über den heimischen Stromtarif. Hierzu
31 sollte die Bundesregierung innerhalb diesen Jahres einen Plan verkünden

32 Solarpaket in Geiselhaft

33 Uns ist auch klar, dass im Gegenzug für die Zustimmung zum neuen
34 Klimaschutzgesetz auch eine Einigung für das Solarpaket ermöglicht wurde. Das
35 ist wichtig und bietet substantielle Verbesserungen: speziell für die direkte
36 Nutzung von Solarstrom in Mehrfamilienhäusern oder PV-Anlagen auf
37 landwirtschaftlichen Flächen, aber auch für den Klimaschutz generell. Wir lehnen

38 es aber ab, wie das Solarpaket von der FDP in Geiselhaft genommen wurde, um es
39 mit der Klimaschutzgesetz-Novelle zu verrechnen. Eine funktionierende Regierung
40 sieht anders aus. Hier hätte der Kanzler ein Machtwort sprechen müssen. Zudem
41 würden wir es begrüßen, wenn Freiflächen-Solaranlagen mit ökologischen Auflagen
42 (Erhöhung des Modulabstands) verknüpft würden, damit diese einen Beitrag zur
43 Biodiversität leisten können.

44 Die anderen müssen liefern, „Verkehr“ darf Klima schaden

45 Erkauft wurde das mit dem großen Nachteil, dass die bisher verbindlich
46 vorgeschriebene, sinnvolle und wirksame Nachsteuerung durch Sofortprogramme für
47 die einzelnen Sektoren (Verkehr, Energie, Gebäude, Industrie, Landwirtschaft und
48 Forsten) bei Verfehlung der Sektorziele ersatzlos aufgegeben wird. Insbesondere
49 der aktuelle Verkehrsminister wird damit vollständig aus der Verantwortung
50 entlassen. Nun sollen Sektoren durch überdurchschnittliche Einsparungen die
51 Verfehlungen der anderen Sektoren ausgleichen. Auf diese Weise wird nur die
52 Verantwortung für die Klimaziele zwischen den Ressorts verschoben. Besonders
53 nachlässige oder unwillige Ministerien, insbesondere der Verkehrsbereich, werden
54 ohne Auflage aus ihrer Verantwortung entlassen. Sie müssen somit nicht ernsthaft
55 handeln und schieben ihre Verantwortung auf die Allgemeinheit. Es darf aber kein
56 Sektor aus der kurzfristigen Verantwortung entlassen werden. Maßnahmen zur CO₂-
57 Einsparung müssen in allen Sektoren so früh wie möglich und so kräftig wie
58 machbar angestoßen werden. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass alle
59 Sektoren zur Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 verpflichtet sind.

60 Das Klimaschutzgesetz wurde von einer GroKo verabschiedet, nachdem diese durch
61 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu mehr Klimaschutz gezwungen wurde.
62 Wir akzeptieren es nicht, dass die Nachfolge-Regierung mit unserer Beteiligung
63 nun für einen kurzfristigen Zeitraum ihre Klimaschutzziele im Vergleich zur
64 Vorgängerregierung – wenn auch angeblich nur vorübergehend - deutlich
65 verringert. Trotz des großen Respekts vor der Leistung unserer Verhandler*innen
66 lehnen wir diese Novelle in der Gesamtbilanz ab. Damit stellen wir uns an die
67 Seite von zahlreichen Expert*innen aus der Klimaschutzbewegung, welche die
68 Neufassung des Gesetzes ebenfalls ablehnen. Wir stellen weiter fest, dass auch
69 die neu verhandelten Ziele nicht reichen werden, um die Klimaziele auch nur
70 annähernd zu erreichen. Zur Erinnerung: das 1,5°-Ziel ist Geschichte,
71 mittlerweile hat die weltweite Erderwärmung über 12 Monate hinweg diesen Wert
72 überschritten.

73 Erpressung mittels Panikmache – nicht mit uns!

74 Insbesondere der Zeitpunkt dieser Einigung lässt uns in der Öffentlichkeit
75 unvorteilhaft dastehen. Bundesverkehrsminister Wissing hatte noch am Freitag
76 zuvor faktenwidrig und in bewusst betriebener Panikmache gedroht, dass der
77 Rückstand der CO₂-Einsparungen im Verkehrssektor nur mit Fahrverboten im
78 Autoverkehr aufgeholt werden könne. Die darauffolgende Einigung gleicht einem
79 Einknicken vor einer inhaltsleeren, völlig unrealistischen Drohung und die FDP
80 kann sich wieder einmal damit rühmen, sich erfolgreich durchgesetzt zu haben. Im
81 Gegenteil: Durch das Aufschieben notwendiger Maßnahmen - vor allem im
82 Verkehrsbereich - steigt die Gefahr umso härterer Maßnahmen in späteren Jahren.
83 Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Klimabeschluss klar gemacht.

84 Dieser Kompromiss führt deswegen, anders als Volker Wissing behauptet, nicht
85 dazu, dass Fahrverbote verhindert wurden, sondern erhöht das Risiko von
86 Fahrverboten in der nächsten Dekade.

87 Wissing's Versäumnisse werden teuer

88 Schon in der letzten Periode der Lastenteilungsverordnung hat Deutschland seine
89 Ziele nicht erreicht und musste hohe Ausgleichszahlungen an andere EU
90 Mitgliedsstaaten leisten. Es ist zu befürchten, dass aufgrund der Verfehlungen
91 im Gebäude- und Verkehrssektor in den nächsten Jahren deutlich höhere Zahlungen
92 fällig werden. Und dies obwohl im Koalitionsvertrag fest vereinbart wurde, dass
93 dies vermieden werden soll.

94 Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir
95 schieben keine Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld
96 gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent
97 so in der Bundesregierung handhaben.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Am 15. April 2024 haben die Spitzen der Ampel-Fraktionen im Bundestag bekanntgegeben, dass sie sich auf eine Reform des Klimaschutzgesetzes verständigt haben. Daher war eine vorherige Antragstellung nicht möglich.

Begründung: erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Christoph Jacky (KV Südliche Weinstraße); Ingo Kallenbach (KV Südliche Weinstraße); Stephan Buchner (KV Mainz-Bingen); Werner Schreiner (KV Südliche Weinstraße); Andreas Fladung (KV Südliche Weinstraße); Thorben Thieme (KV Neuwied); Immo Lugner (KV Vulkaneifel); Gunnar Mues (KV Neuwied); Helmut Ludewig (KV Mainz); Petra Jörns (KV Rhein-Pfalz); Kerstin Masser (KV Landau); Torsten Materna (KV Südliche Weinstraße); Simone Fischer-Gora (KV Südliche Weinstraße); Jeanette Klein (KV Rhein-Pfalz); Ralf Klein (KV Rhein-Pfalz); Maximilian Schwarz (KV Südliche Weinstraße); Henning Singer (KV Südliche Weinstraße); Dana-Theresa Krämer (KV Neuwied); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); Peter Ziegler (KV Südliche Weinstraße); Andreas Preß (KV Mainz); Sabine Kuntz (KV Südliche Weinstraße); Manuel Arend (KV Birkenfeld); Alexandra Kaatz (KV Koblenz); Monja Roepke (KV Birkenfeld); Christina Flick (KV Birkenfeld); Alexandra Ercegovac (KV Birkenfeld); Oliver Leuker (KV Westerwald)